

DAS THEMA

Arbeit finanzieren statt Arbeitslose verwalten

Im Rahmen ihres traditionellen Neujahrs-Pressegesprächs hat die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Ina Leukefeld, die Schwerpunkte LINKER Arbeitsmarktpolitik für das Jahr 2015 präsentiert. Im Mittelpunkt steht dabei die effektive Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen in Thüringen.

Angelehnt an Ulrich Schneiders (Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) Buchtitel „Mehr Mensch!“ rückte Ina Leukefeld das Kernprojekt eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ins Zentrum ihres Plädoyers: Gemäß des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages soll noch in diesem Jahr der Weg für existenzsichernde, längerfristige und freiwillige Arbeit für 2.500 Menschen geebnet werden.

49 Prozent sind mindestens vier Jahre schon arbeitslos

Zielgruppe sind dabei insbesondere ältere Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, die oftmals seit dem Systembruch von 1990 in schwieriger sozialer Lage gefangen sind. Die Mittel hierzu sollen mit dem Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) gewonnen werden, die die passiven Leistungen des SGB II in Lohnanteile umwandelt. Das Motto lautet: „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“.

Nach den neuesten Zahlen der Arbeitsagentur waren im Dezember mit

7,8 Prozent so wenig Menschen in Thüringen arbeitslos wie seit 1991 nicht mehr. Allerdings stieg die Arbeitslosenquote im Vergleich zum November leicht an um 0,3 Punkte. Insgesamt waren in Thüringen 84.805 Männer und Frauen offiziell arbeitslos gemeldet. Während bei Jugendlichen unter 25 Jahren der Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich vorangeschritten ist, sind es vor allem Menschen über 55 Jahren, die keinen Arbeitsplatz finden.

Dass allerdings viele Stellen befristet seien, nannte Ina Leukefeld eine „unsägliche Tatsache“, gerade junge Menschen hätten damit keine sichere Perspektive und seien umso mehr ge-

neigt, aus Thüringen wegzugehen. Zugleich verfestigt sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und derer also, die nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herauskommen immer weiter.

Faire Löhne, denn man muss von seiner Arbeit leben können

56.596 Menschen, also doppelt so viele als mit Arbeitslosengeld I, sind in Thüringen hiervon betroffen. 49 Prozent sind mindestens vier Jahre und länger arbeitslos, mit allen Problemen, die diese prekäre Situation für den Einzelnen und seine Familie mit sich bringt. Angesichts dessen hatte am

Tag der Veröffentlichung der Dezember-Arbeitslosenzahlen auch die neue Thüringer Sozial- und Arbeitsministerin Heike Werner (LINKE) angekündigt, sich diesem Problem besonders zuwenden zu wollen und entsprechende gemeinwohlorientierte Beschäftigung verstärkt zu fördern.

Ina Leukefeld hatte beim Neujahrspressegespräch in diesem Zusammenhang die Armutsbekämpfung durch Schaffung von existenzsichernder Arbeit – auch in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor – als eine zentrale Aufgabe bezeichnet und dabei an Ulrich Schneiders Forderung nach einem Masterplan zur Armutsbekämpfung angeknüpft. Notwendig sei es, so betonte die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion, dass Thüringen sein Image als Niedriglohnland abstreife, für faire Löhne eintrete, denn der Mensch muss von seiner Arbeit leben können, „dabei ist der Mindestlohn der richtige Weg“.

Immer mehr Mittel wurden in die Verwaltung von Arbeitslosigkeit umgeschichtet

Die Verwaltung von Arbeitslosigkeit ist deutlich teurer geworden und die Entwicklung der letzten Jahre ging dahin, dass Mittel, die eigentlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen waren, zunehmend umgeschichtet wurden in die Verwaltung von Arbeitslosigkeit, erläuterte Ina Leukefeld die Ausgangsüberlegungen zur Stärkung öffentlich geförderter Beschäftigung mittels Passiv-Aktiv-Transfer (PAT). Künftig müsse es vor allem darum gehen, „Arbeit zu finanzieren, statt Arbeitslose zu verwalten“, so die Abgeordnete. Bis Ende des Jahres soll das Projekt erarbeitet werden.

Gute Arbeit im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün in Thüringen

- Klares Bekenntnis zu Guter Arbeit, gerechter Entlohnung /Equal Pay und zur Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsformen

- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe u. Klein- und mittelständischer Unternehmen (Gründer- u. Generationswechsel-Förderung/Fachkräftesicherung)

- Forcierung von Flächentarifverträgen in den Bereichen Soziales, Pflege, studentische Beschäftigte

- Weiterentwicklung des Vergabegesetzes zu einem Tarifreue- u. Vergabegesetz

- Faire Praktika-Richtlinien/Maßnahmen für eine Gute Ausbildung (u.a. Stärkung Berufsorientierung, kostengünstiges Azubi-Ticket, Berufsschulnetzplanung)

- Inklusiver Arbeitsmarkt (u.a. Budget für Arbeit)

- Öffentlich geförderte Beschäftigung/Passiv-Aktiv-Transfer-Modellprojekt (PAT)

Bereits zum zehnten Mal hatte jetzt MdL Ina Leukefeld als Arbeitsmarktpolitikerin der Fraktion DIE LINKE zu ihrem Neujahrspressegespräch, diesmal am 6. Januar, eingeladen (im Foto mit Pressesprecherin Diana Glöckner).

Foto:
Peter Lahn



Zehn Jahre Hartz IV haben die soziale Spaltung weiter vertieft

Zum 1. Januar 2005 trat das Gesetzespaket, welches unter dem Namen Hartz IV bekannt wurde, in Kraft. Dazu hatte Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, in einer Pressemitteilung erklärt: „Vor zehn Jahren hieß es auf vielen Demonstrationen ‚Hartz IV – Armut per Gesetz‘. Für noch immer viel zu viele Menschen ist dies trotz sinkender Erwerbslosigkeit bis heute leider bittere Realität.“

Aktuelle Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung verweisen darauf, dass knapp 60 Prozent der Erwerbslosen armutsgefährdet sind und damit fast zehn Prozent mehr als 2005. Der hohe Grad atypischer Beschäftigungsverhältnisse (34 Prozent im Jahr 2013) und der in der Vergangenheit von der CDU gezielt geförderte Niedriglohnsektor sind große Probleme in Thüringen, die auch Ergebnisse falscher Anreize infolge der Hartz-Reformen sind.“

Die Landtagsabgeordnete betonte, dass es deshalb so wichtig ist, dass sich die neue rot-rot-grüne Koalition in Thüringen mit klaren Signalen für Gute Arbeit, gerechte Entlohnung und gegen Armut positioniert habe. „Das klare Bekenntnis zu Tarifbindung, existenzsichernden Löhnen und gegen prekäre Beschäftigung wird den unter der Federführung der SPD in den vergange-

nen fünf Jahren begonnenen Weg einer Abkehr vom Niedriglohn-Image Thüringens entschlossen fortsetzen. Hier wird auch das Anlaufen des Mindestlohns eine wichtige Rolle spielen. Mit unserem Modellprojekt eines Aktiv-Passiv-Transfers werden wir zudem noch gezielter gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgehen und öffentlich geförderte Beschäftigung im gemeinwohlorientierten Bereich aufbauen. Ich freue mich auf viele spannende Projekte zusammen mit unseren Partnerinnen und Partnern.“

Deutlicher Zuwachs bei den „working poor“

Im Dezember hatte die Hans-Böckler-Stiftung die neuen Daten des Mikrozensus ausgewertet. Demnach ist der Anteil derjenigen, die weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben, seit 1996 um mehr als zwei Prozentpunkte gestiegen – auf den Rekordstand von 15,5 Prozent im Jahr 2013. Allein gegenüber dem Vorjahr betrug der Zuwachs einen halben Prozentpunkt. Das sind gut 400.000 Personen.

Die Kinderarmut stagnierte mit zuletzt 19,2 Prozent seit Mitte der 1990er Jahre auf überdurchschnittli-

chem Niveau. Einen deutlichen Zuwachs hat es dagegen bei den „working poor“ gegeben, die trotz Erwerbstätigkeit unter die Armutschwelle fallen. Deren Zahl hat zwischen 1996 und 2013 von 2,2 auf über 3 Millionen zugenommen. Der Anteil der arbeitenden Armen an den Erwerbstätigen in Deutschland stieg in diesem Zeitraum von 6,2 auf 7,8 Prozent. Drastisch angewachsen ist die Armutsquote vor allem der Arbeitslosen. Waren 1996 noch 39,5 Prozent aller Arbeitslosen arm, so sind es jetzt 58,7 Prozent.

Entscheidend für die langfristige Entwicklung der Armut in Deutschland sei vor allem die Situation der Senioren, da Menschen im Rentenalter in Zukunft einen zunehmenden Anteil der Gesamtbevölkerung ausmachen werden. Bei den Älteren ist das Armutsrisiko zwischen 2006 und 2013 um 3,9 Prozentpunkte auf 14,3 Prozent gestiegen. Denn jüngere Jahrgänge hätten einen größeren Teil ihrer Erwerbsbiografie unter ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen verbracht. Um zu verhindern, dass wachsende Teile der Bevölkerung in Armut versinken, müsse daher dringend das Rentenniveau stabilisiert werden. Die geplante Absenkung von zuletzt 48,9 auf 43 Prozent des Durchschnittsverdienstes bis zum Jahr 2030 sei nicht tragbar.